



VSPB · FSFP

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter
Fédération Suisse Fonctionnaires de Police
Federazione Svizzera Funzionari di Polizia

Medienmitteilung zum 16. Forum «Innere Sicherheit»® des VSPB

«BRENNPUNKT CANNABIS: LÖST SICH DIE SICHERHEIT IN RAUCH AUF?»

Mittwoch, 12. Juni 2019, 08.45 - 13.30 Uhr, Kursaal Bern

Polizistinnen und Polizisten wollen bei der Cannabispolitik mitreden



v.l. Jürg Wobmann (Luzerner Polizei), Yvonne Leuthold (Staatsanwaltschaft Kantons Bern), Adrian Plachesi (Moderator), Jean-François Potvin (Fraternité des policiers et policières de Montréal), Markus Jann (Bundesamt für Gesundheit) und Dr. Stephanie Knocks (Fachverband Sucht); Bild: Philippe Stragiotti

VSPB – Heute diskutierten in Bern rund 150 Polizistinnen und Polizisten mit in- und ausländischen Experten zum Brennpunkt Cannabis. Mit der Frage, ob sich die Sicherheit in Rauch auflöst, will der Berufsverband der Polizistinnen und Polizisten verhindern, dass Gesetze ohne die geschaffen werden, welche diese umsetzen müssen. «Schlussendlich liegt es an uns, die Gesetze umzusetzen. Aus diesem Grund ist es auch wichtig, dass wir uns in der aktuellen Diskussion bezüglich einer möglichen Legalisierung von Cannabis einbringen und auch angehört werden», ist Johanna Bundi Ryser, Präsidentin des Verbands Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB überzeugt.

Die vier Säulen der schweizerischen Suchtpolitik beschäftigt tagtäglich alle Polizistinnen und Polizisten der Schweiz. Unter ihnen herrscht die Meinung, dass dieses System sich – auch wenn mit gewissen Schwachpunkten – in der Vergangenheit bewährt hat. Ein politisches «Sorgenkind» ist das Dossier Cannabis. Darum lud der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB heute seine Mitglieder nach Bern ein. Gemeinsam mit in- und ausländischen Experten führten sie eine offene Diskussion zum Thema Cannabis und belichteten die Chancen sowie Risiken der geplanten nächsten Schritte.

Diskussion ist auch die Möglichkeit alles besser zu machen

In seinem Einführungsreferat wies Professor Pierre Esseiva, von der Schule für Kriminalwissenschaften an der Universität Lausanne, auf die Vielfalt beziehungsweise Vielschichtigkeit der Cannabisprodukte und dessen Markt hin. Seiner Meinung nach scheint eine Regulation - bis hin zur Liberalisierung - fast unausweichlich. Er sieht dabei auch die Chance diese Anpassungen besser zu machen, als wie dies beim Alkohol und Tabak gemacht wurde. Auch sollte durchaus ein multinationaler Ansatz gewählt



Medienmitteilung zum 16. Forum «Innere Sicherheit»[®] des VSPB

«BRENNPUNKT CANNABIS: LÖST SICH DIE SICHERHEIT IN RAUCH?»

Mittwoch, 12. Juni 2019, 08.45 - 13.30 Uhr, Kursaal Bern

werden, damit es nicht zu einer reinen Verlagerungspolitik kommt. «Wir müssen dabei klar abwägen, ob der Cannabiskonsum rein aus Spassgründen oder medizinisch motiviert ist.»

Cannabis ist überall

«Ich darf nicht vor Ihnen kiffen – was ich auch nicht möchte und auch nicht machen würde – aber ich könnte mich legal vor Ihnen betrinken», sagte der Kripochef der Luzerner Polizei Jürg Wobmann. Er betonte, dass vor allem die Polytoxikomanie (Mischkonsum) ein grosses Problem darstellt: «Cannabis alleine ist nicht einmal das Problem. Wir sehen immer mehr, dass gekifft, gesoffen sowie Medikamente und andere Drogen zusammen konsumiert werden, was verheerende Auswirkungen hat.» Bei der Frage ob Cannabis legalisiert werden soll oder nicht, forderte der Kripochef umsetzbare Massnahmen und pragmatische Gesetze. «Wenn wir gemeinsam mit unseren Nachbarländern Regelungen schaffen, dann verhindern wir die Verlagerung», ist Jürg Wobmann überzeugt und betonte: «Die Polizei braucht praxistaugliche, klare und einfach anwendbare gesetzliche Grundlagen für ihre Arbeit. Klar ist: Für die konsequente Umsetzung von Sonderregelungen fehlt uns schlichtweg das Personal!»

Legalisierung führt nur zur Arbeitsverlagerung

Bei der Arbeit in der Staatsanwaltschaft wird einfach zwischen legal und illegal unterschieden. «Als der CBD-Markt aufkam, wurde die Arbeit sowohl für die Polizistinnen und Polizisten, wie auch für die Staatsanwälte schwieriger», zeigte Yvonne Leuthold, Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft des Kantons Bern, auf. Denn die Polizei war verpflichtet das Cannabis sicherzustellen, auch wenn die kontrollierte Person beteuerte, dass es sich um legales CBD-Cannabis statt dem Illegalen mit THC handelt. «Erst nach der Prüfung konnte gesagt werden, wer die Kosten tragen muss. Falls es sich bei der sichergestellten Ware um legales CBD handelte, die eingezogen und schon vernichtet wurde, musste diese dann auch noch ersetzt werden». Mit den Schnelltests konnte zumindest diese Fehlerquelle ausgemerzt werden. Für sie ist aber klar, dass eine Legalisierung nicht unbedingt zu weniger Arbeit für die Staatsanwaltschaften führt, sondern es nur zu einer Verlagerung kommen wird.

Gemüseproduzenten ersetzen Tomaten mit Cannabis

«Kopieren Sie nicht Kanada, denn wir sind immer noch am Anpassen der Regelungen», appellierte Jean-François Potvin, Vizepräsident für den Bereich Arbeit bei der Vereinigung «Fraternité des policiers et policières de Montréal», mit Sicht auf die grosszügigen Rahmenbedingungen des Landes, die jeder Provinz viel Spielraum für die eigene Auslegung einräumt. Sieben Monate nach der Legalisierung scheinen sich die schlimmsten Befürchtungen gelegt zu haben und das legale Cannabis soll in Quebec bereits 40% des Markts für den rekreativen Gebrauch ausmachen. Diese Umstellung hat allerdings ein paar wichtige Anpassungen von den Polizistinnen und Polizisten gefordert, insbesondere in Montreal.



Medienmitteilung zum 16. Forum «Innere Sicherheit»[®] des VSPB

«BRENNPUNKT CANNABIS: LÖST SICH DIE SICHERHEIT IN RAUCH AUF?»

Mittwoch, 12. Juni 2019, 08.45 - 13.30 Uhr, Kursaal Bern

Regulierung ist nur mit einer Legalisierung möglich

Markus Jann, Leiter Sektion Politische Grundlagen und Vollzug vom Bundesamt für Gesundheit BAG betonte, dass die Regulierung nur mit einer Legalisierung möglich ist. «Dieser Experimentierartikel, der Cannabis-Pilotprojekte zulässt, um während eines Zeitraums von zehn Jahren lokale Studien zu ermöglichen, wird im Herbst von der Politik behandelt.» Damit sagt der Bundesrat nicht, dass er Cannabis legalisieren will, sondern, dass man sich mit den Entwicklungen in diesem Bereich befassen soll. Die Erfahrungen sollen helfen, später auch umsetzbare Gesetze schaffen zu können. «Wir werden sehen was die Politik daraus macht und bis wann es Änderungen geben wird», betonte Markus Jann - mit Blick auf eine mögliche Volksinitiative zur Legalisierung von Cannabis.

Experimentartikel als Chance alles besser zu machen

Die Generalsekretärin des Fachverbands Sucht, Dr. Stefanie Knocks, betonte die Wichtigkeit der Prävention und dass man mit den angedachten Pilotprojekten die aktuelle Situation massiv verbessern könnte: «Im Vergleich zur heutigen Situation können wir mit den geplanten Projekten agieren, statt nur zu reagieren bzw. sogar wegzuschauen.» Heute würde oft stigmatisiert, was eine erfolgsversprechende Prävention verunmöglicht. Darum wird eine Neu-Regulierung von Konsum, Anbau und Handel von Cannabis vom Fachverband Sucht begrüsst. Dies auch im Wissen, dass die Legalisierung und anschliessende strenge gesetzliche Neu-Regulierung von Cannabis nicht weniger Arbeit bedeutet. «Wie die Polizistinnen und Polizisten sind wir diejenigen, die das ausbaden müssen, was durch die Politik entschieden worden ist.»

In der abschliessenden Podiumsdiskussion wurden viele Fragezeichen sichtbar. Dies ist symbolisch für den aktuellen Stand der Beratungen in der Bundespolitik. Es zeigt auch, dass der vom VSPB gewählte Zeitpunkt für die Lancierung dieser Diskussion gut gewählt ist. Abschliessend sagte VSPB-Präsidentin Johanna Bundi Ryser: «Die nächsten Schritte werden entscheidend sein und der VSPB wird die Inputs aus der Basis in die Diskussion einfliessen lassen.»

Für weitere Informationen:

- Deutsch: Johanna Bundi Ryser, Präsidentin VSPB, Tel. 079 609 50 90 (→[Foto](#))
- Französisch und Italienisch: Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64 (→[Foto](#))